

Rebellion des Guten

Am Dienstag nächster Woche benennt die Osloer Jury den Friedensnobelpreisträger. Zuletzt waren noch vier Kandidaten im Rennen.

Wer bitte, Genscher?“ Im klassizistischen Herrschaftshaus des norwegischen Nobelkomitees, gleich hinter dem Schloßpark an Oslos Drammensveien, löst die Erwähnung des Bonner Außenministers als eines möglichen Anwärters auf den Friedensnobelpreis nur mühsam kaschierte Heiterkeit aus.

Zwar hatte auch Hans-Dietrich Genscher Meldungen, er solle für sein Wirken um die Entschärfung des Ost-West-Gegensatzes geehrt werden, als „absoluten Quatsch“ abgetan. Doch „Bild am Sonntag“ wußte es ganz genau: Der dienstälteste Außenminister der Welt stehe „auf der noch streng geheimen Vorschlagsliste des Nobelpreiskomitees – insgesamt sind es 90 Kandidaten“.

Absoluter Quatsch, in der Tat. Professor Jakob Sverdrup, seit 1978 Direktor des Nobelinstituts, geht die alphabetisch geordnete Kandidatenliste noch einmal durch und konstatiert: „Da steht kein Genscher drauf, niemand hat ihn vorgeschlagen.“

Der Reigen der Prätendenten für die wohl begehrteste Auszeichnung der Erde beginnt mit Raul Alfonsin, dem argentinischen Präsidenten. Und das Schlußlicht bildet, durchaus nicht chancenlos, der Nazi-Jäger Simon Wiesenthal als Nummer 81.

„Weil es schon eine Ehre ist, überhaupt als Kandidat genannt zu werden, sorgen gerade Politiker dafür, daß ihr Name irgendwie lanciert wird“, erklärt Egil Aarvik, seit 1982 Vorsitzender des fünfköpfigen norwegischen Nobelpreiskomitees. Der Christdemokrat Aarvik, 73, vormals Sozialminister, hat da einschlägige Erfahrungen. Er gehört dem Rat der fünf Weisen schon seit 1974 an – als Nachrücker für eines der beiden Mitglieder, die nach dem Eklat um die Verleihung des Friedenspreises an Henry Kissinger und den Vietnamesen Le Duc Tho unter Protest ausschieden.

Von der Ehrung Mutter Teresas (1979) einmal abgesehen, sei die Wahl des Friedenslaureaten eigentlich „immer kontrovers“ gewesen, sagt Aarvik. Das klingt beinahe so, als werde es auch 1986 wieder einen Paukenschlag geben. Dabei ist der vom letzten Jahr kaum verhallt.

Gegen die Verleihung des Friedensnobelpreises 1985 an die Vereinigung „Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges“, als deren Sprecher auch der Kreml-Arzt und Sacharow-Kritiker



Nobelkomitee-Vorsitzender Aarvik
„Immer kontrovers“

Jewgenij Tschasow amtiert, war die Garde der europäischen Konservativen Sturm gelaufen.

Die Zusammensetzung der Jury – derzeit drei Bürgerliche und zwei Sozialisten – spiegelt in etwa die Kräfteverhältnisse im norwegischen Parlament wider. Doch Aarvik besteht darauf, „daß wir in unserer Entscheidung unabhängig sind; wir nehmen keine Ratschläge oder Anordnungen an“.

Natürlich gibt es den Versuch der Einflußnahme, den Druck der Öffent-

lichkeit, gelegentlich gar penetrantes Lobbytum aus dem Ausland.

Mexikos damaliger Präsident Luis Echeverría Alvarez schickte einen Sonderbotschafter zum Antichambrieren nach Oslo. Auch Tito, Indira Gandhi, Imelda Marcos wußten ihre Anwartschaft auf diplomatischem Weg drängelnd vorzubringen. Für nobelpreiswürdig hielt sich selbst Irans einstiger Blutrichter, der Scheich Chalchali. Nur unterließ ihm dabei der Formfehler, die Bewerbung an den König von Schweden zu richten.

Mehrmals stand in den letzten Jahren der Name Rudolf Heß auf der Kandidatenliste (für seinen Englandflug). Derartige Vorschläge, mögen sie auch noch so seltsam anmuten, müssen vom Nobelkomitee zumindest registriert werden, wenn sie von Vorschlagsberechtigten stammen. Dazu gehören außer den Jurymitgliedern selbst Parlamentarier, Minister, Universitätsprofessoren der Rechts- und Geisteswissenschaften in aller Welt sowie die bisherigen Preisträger.

Zwei Millionen Kronen, rund 554 000 Mark, wird der diesjährige Friedensprophet erhalten. Nach dem Vermächtnis des 1896 gestorbenen schwedischen Dynamit-Erfinders Alfred Nobel soll der Preis jenem zugesprochen werden, „der am meisten oder besten für die Verbrüderung der Völker und die Abschaffung oder Verringerung stehender Heere sowie die Herbeiführung und Förderung von Friedenskongressen gewirkt hat“.

Der Begriff Frieden wird heute von der Jury etwas vielschichtiger definiert. Er umfaßt auch humanitäre Leistungen, Engagement gegen Hunger und Armut. Die gegenwärtige Jury sieht besonders



Favorit Wiesel*: Versöhnungschance für die Zukunft

* Im April 1985, als er Ronald Reagan aufforderte, den Soldatenfriedhof in Bitburg nicht zu besuchen.

im Kampf für die Menschenrechte eine aktive Friedensmission, was Lech Walsza (1983) und Bischof Tutu (1984) zu der Ehrung verhalf.

Die am 1. Februar abgeschlossene Vorschlagsliste für dieses Jahr enthält die Namen von 57 Einzelpersonen und 24 Organisationen. Papst Johannes Paul II. wurde wiederum nominiert, doch würde er sich nur qualifizieren, „wenn er einen wirklichen Beitrag zum Frieden, etwa im Nahen Osten, geleistet hätte“ (Aarvik).

Acht Monate lang filterte die Jury in strikter Vertraulichkeit die Kandidaten aus. Am vergangenen Freitag, zur letzten Sitzung, waren noch vier Anwärter übrig: Winnie und Nelson Mandela, Bob Geldof, Simon Wiesenthal und Elie Wiesel. Doch die Mandelas erhalten den Preis wohl nicht, denn Oslos fünf Weise glauben, mit der Auszeichnung von Bischof Tutu den Freiheitskampf in Südafrika bereits genügend gewürdigt zu haben.

Wollte sich die Jury bei der Jugend beliebt machen, müßte sie den Friedensnobelpreis dem irischen Popsänger Bob Geldof zuerkennen, dem Organisator der Hungerhilfe für Afrika („Band Aid“). Seine Fans haben das Nobelinstitut mit Hunderten von Briefen überschwemmt.

Gegen Geldof spricht indes, daß die Jury vor allzu unorthodoxen Entscheidungen zurückscheut, weil diese sich in der Vergangenheit oft als Mißgriffe erwiesen. Sie zieht es deshalb vor, die Kandidaten über einen längeren Zeitraum zu beobachten. „Es hilft, wenn einer schon sehr oft vorgeschlagen wurde“, nennt Aarvik dem SPIEGEL das Hauptkriterium des Auswahlverfahrens.

Dies müßte, wenn nicht in letzter Minute noch ein Joker auftaucht, vor allem auf Elie Wiesel hindeuten, den jüdisch-amerikanischen Schriftsteller, Auschwitz-Überlebenden und Vorsitzenden des amerikanischen „Holocaust Memorial Council“. Der 58jährige ist mit hochkarätigen Referenzen zum zehnten Mal dabei, wurde von 50 internationalen Persönlichkeiten nominiert, darunter auch von Bonner Parlamentariern.

Im Vorjahr war Wiesel als schärfster Kritiker von Ronald Reagans Besuch auf dem Bitburger Soldatenfriedhof („Afront gegen die Geschichte“) aufgetreten. Sein ganzes Wirken gilt dem Holocaust, den er als Verpflichtung und Versuchungschance für die Zukunft versteht.

Mit der „Rebellion des Guten“ der Menschheit einen Weg aus dem Holocaust heraus und zur Überwindung des Bösen zu weisen, empfehle sich Elie Wiesel sehr wohl als ein würdiger Kandidat für den Friedenspreis, glaubt Christdemokrat Aarvik, und er spricht da wohl über den diesjährigen Favoriten.

Am Dienstag nächster Woche um elf Uhr wird Aarvik im Nobelinstitut vor die Fernsehkameras treten und den Namen bekanntgeben.

ÖSTERREICH

Wie ein Bittsteller

Die Vergangenheit läßt Kurt Waldheim auch als Präsidenten nicht los – niemand läßt ihn ein.

In der Wiener Hofburg, dem Amtssitz der Bundespräsidenten, residiert ein Einsamer: Kurt Waldheim, der strahlende Wahlsieger und Urheber einer politischen Wende in Österreich – und das Opfer, wie er wähnt, einer „Verleumdungskampagne gewisser jüdischer Kreise“.

Waldheim sinniert über die „Kämpf“, wie er, mit alpin gefärbtem Eng-



Präsident Waldheim (r.), Besucher Schwarzenegger*
„Politischer Bodybuilder“

lich, die Enthüllungen über seine Kriegsvergangenheit bezeichnet. Nun zeigt Waldheim erstmals Wirkung: Er ignoriert sich ein.

Auch engste Mitarbeiter müssen, teilweise schriftlich, um Termine bitten, bevor Waldheim sie überhaupt vorläßt. Vorbei ist die Zeit, da er – noch als Uno-Generalsekretär – im kleinen Kreis bewegt von den eindrucksvollen Staatsempfängen erzählte, die ihm vor allem Ostblockstaaten und Dritte-Welt-Länder bereitet hatten.

Jetzt bewegt Kurt Waldheim, der „vom Weltschreibtisch zum Staatschreibtisch“ wechselte (so der österreichische Schriftsteller Peter Turrini), fast nur noch seine eigene Vergangenheit. Spät und unerwartet hat sie ihn noch einmal eingeholt.

Spitzenpolitiker aus Regierung und Opposition bekamen es in den letzten Wochen zu spüren. Die jüngsten Krisen in der Alpenrepublik – geplante Massenentlassungen in der verstaatlichten Industrie, ein Rechtsruck in der Freiheitlichen Partei und vorgezogene Neuwahlen – brachten sie in häufigen Kontakt mit dem Staatsoberhaupt Waldheim, der versprochen hatte, ein „aktiver“ und „starker“ Bundespräsident zu sein.

Waldheim mochte aber bei den Gesprächen kaum zuhören. Vielmehr nutzte er jede Gelegenheit, ausführlich seine „Unschuld“ zu beteuern. Er gestand, sich vor einer internationalen Historikerkommission zu ängstigen, die seine Kriegsvergangenheit untersuchen will. Im Wahlkampf hatte er dieses Vorhaben noch ausdrücklich gutgeheißen.

„Ich war es nicht“, „Ich habe nicht“ und „Ihr müßt für mich eintreten“ – so beschwor Waldheim Österreichs Diplomaten, als sie sich Anfang September zur jährlichen Botschafter-Konferenz in Wien trafen. „Wie ein Bittsteller“ habe sich der einstmalige gewandte Staatsmann verhalten, bemerkte verlegen ein Teilnehmer.

Österreichs Vertreter in Kuwait, Wolfgang Steininger, ein Konservativer wie Waldheim, schlug arglos vor, die Freude der Araber über den neuen Bundespräsidenten doch zu einer „Wirtschaftsoffensive“ zu nutzen. Darauf Waldheim: „Das ist alles mißverstanden worden, ich bin ein Opfer übelster Verleumdungen.“

Ein enger Mitarbeiter aus Waldheims Uno-Zeit stellte verblüfft fest, der Bundespräsident sei plötzlich „ein gebrochener Mann“.

Langsam dämmert auch der konservative ÖVP, die Waldheim im Wahlkampf vorbehaltlos unterstützt hatte, was sie sich nun eingehandelt hat. Statt der erhofften klaren Worte windet sich der Wende-Präsident und lobt, wen er für einen starken Mann hält. Zum Entsetzen der ÖVP nennt Waldheim den neuen sozialistischen Kanzler, Franz Vranitzky, einen „tüchtigen Politiker“.

Bei der Geburtstagsfeier des Wirtschaftsführers Rudolf Sallinger, hinter den Kulissen Österreichs mächtigster ÖVP-Politiker, verwies Waldheim wie-

* Ende August am Attersee.